

Die Energiewende ist gefährdet - wir müssen für die Verwirklichung kämpfen

Die Bundesregierung hat zwar die Energiewende beschlossen, tut jedoch zu wenig, um sie auch zu verwirklichen. Am 30. Juni und 1. Juli 2011 wurde im Deutschen Bundestag die Energiewende beschlossen. Mit großer Mehrheit stimmten Union, FDP, SPD und Grüne für den Atom-Ausstieg und eine neue Energie-

politik in Deutschland. Die bereits abgeschalteten 8 Kernkraftwerke bleiben endgültig vom Netz, die verbleibenden 9 Kernkraftwerke sollen schrittweise bis 2022 abgeschaltet werden. Es ergeben sich technische Hemmnisse und Verzögerungen bei den Planungen für die neuen Stromtrassen und beim Leitungsbau von den Windparks im Meer auf das Festland und den weiteren Netzausbau. Zur Verwirklichung der Energiewende ist u.a. vorgesehen, in der Nordsee und in der Ostsee große Offshore-Windkraftanlagen zu installieren. Der dort produzierte Strom soll dann über neue Stromtrassen in Deutschland verteilt werden. Vier große „Stromautobahnen“ müssen dazu vom Norden in

den Süden gebaut werden - Gesamtlänge 3800 km; weitere 4400 km Stromleitungen müssen zudem modifiziert werden. Die Finanzierung der Projekte ist noch unsicher und die Genehmigungsverfahren für den Leitungsbau haben zumeist noch gar nicht begonnen. Während zudem in vielen Regionen neue Wind- und

Solarparks oder Biogasanlagen entstehen und auch andere Formen der Energiegewinnung erprobt werden, kommt das bestehende Stromnetz an seine Grenzen. Es muss jetzt auch die Einspeisungen vieler neuer Energieproduzenten bewältigen - das soll über „Smart Grids“ (von Computern gesteuerte „intelligente“ Netze) erfolgen.



Möglicher Verlauf der neuen Stromtrassen

aus der Atomenergie rechtens war und ob ihnen Schadenersatz zusteht. Dabei geht es um viele Milliarden Euro. Die AKW waren „Gelddruckmaschinen“ für Energieversorger und Aktionäre; diese Renditen will man verteidigen. Bevor die Klagen nicht entschieden sind, wird auch der Rückbau der alten Atommeiler nicht

begonnen. Wie hoch sind die Kosten für die Energiewende? Wer bezahlt die Energiewende? Das HWWI hat in einer jetzt vorgelegten Studie den Betrag von 335 Milliarden Euro Gesamtkosten für die Energiewende ausgerechnet; davon sei die Hälfte durch Banken finanzierbar. Und der Rest? - Horrorzahlen oder realistische Prognosen? Es gibt bislang keine ausreichende Abstimmung zu Maßnahmen und Prioritäten auf Bundesebene und mit/zwischen den Bundesländern. Auch auf europäischer Ebene tut die Bundesregierung bislang zu wenig für den Umbau des Energiesystems. Der Atomausstieg und die Energiewende wurden vor einem Jahr als direkte Reaktion auf die atomare Katastrophe in Fukushima beschlossen. Über einen „Masterplan Energiewende“ wird zwar viel geredet, bislang fehlt er jedoch. Ohne ein solches Gesamtkonzept wird die Energiewende jedoch nicht gelingen, das zeigen die bereits aufgetretenen Schwierigkeiten. Die Energiewende droht zu kippen - mit den fatalen Folgen, dass schon bald eine erneute Debatte über die Verlängerung der Laufzeiten der AKW unausweichlich erscheint.

„Politik in Hamburg zur Energiewende“ ist ein Arbeitskreis des Umweltforums Hamburg und hat folgende Ziele:

- **Sicherstellung der Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs**
- **Konstruktiv kritische Begleitung der Energiewenden in Hamburg und im Bund**
- **Sensibilisierung dafür, dass es mit einer einmaligen „Wende“ nicht getan ist.**

Ergebnisoffene, transparente, öffentliche, partizipative, bürgernahe Diskussion über die Ziele, Strategien und weiteren Maßnahmen der „Hamburger Energiewende“.

Weitere Informationen unter www.energiwende-hamburg.de.

Uwe Zimmermann & Matthias Ederhof